

Allgemeinverfügung

zur Feststellung der Unterversorgung nach §§ 157, 160 Abs. 1 und 2 TKG

hier: Vorgangsnummer: 2022-02-21-0161

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen hat im
Verwaltungsverfahren am 07.09.2022 entschieden:

1. Die Bundesnetzagentur stellt fest, dass am Standort 28816 Stuhr, Flur 8, Flurstück 54/3 eine Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach § 157 Absatz 2 TKG weder aktuell noch in objektiv absehbarer Zeit angemessen, ausreichend oder nach § 158 Absatz 1 TKG zu einem erschwinglichen Endnutzerpreis erbracht wird. Das Flurstück verfügt über keinen leitungsgebundenen Anschluss.
2. Die Bundesnetzagentur stellt in dem von der Feststellung umfassten und unter Nummer 1 bezeichneten Gebiet einen tatsächlichen Bedarf für eine Versorgung mit den nach § 157 Absatz 2 TKG mindestens verfügbaren Telekommunikationsdiensten fest, in dem durch §§ 2, 3 TKMV konkretisierten Umfang.
3. Die Bundesnetzagentur kündigt an, in dem von der Feststellung umfassten und unter Nummer 1 bezeichneten Gebiet nach § 161 Abs. 2 TKG vorzugehen, sofern kein Unternehmen innerhalb eines Monats nach der Veröffentlichung der Feststellung der Unterversorgung schriftlich oder elektronisch gegenüber der Bundesnetzagentur zusagt, sich zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach §§ 157 Abs. 2 und 158 Abs. 1 TKG ohne Ausgleich nach § 162 TKG zu verpflichten.
4. Zusagen gemäß Nummer 3, sich zur Versorgung mit Telekommunikationsdiensten nach §§ 157 Abs. 2 und 158 Abs. 1 TKG ohne Ausgleich nach § 162 TKG zu verpflichten, sind schriftlich zu richten an: Bundesnetzagentur
Heinrich-Hertz-Straße 6
03044 Cottbus

oder elektronisch an:

RaVT@BNetzA.de.

5. Diese Allgemeinverfügung gilt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur als bekannt gegeben.

Bekanntgabe

Die vollständige Entscheidung ist auch auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, erhoben werden.

Im Auftrag

Horst-Peter Heinrichs